

Christian Marx
Morten Reitmayer (Hg.)

Die offene Moderne

Gesellschaften im 20. Jahrhundert





Die offene Moderne – Gesellschaften im 20. Jahrhundert

Festschrift für Lutz Raphael zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von
Christian Marx und Morten Reitmayer

Mit 5 Abbildungen und 2 Tabellen

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2020, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Eisenbahnunglück am Bahnhof Montparnasse am 22. Oktober 1895
© akg-images/Science Source

Satz: textformart, Daniela Weiland, Göttingen

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-647-37091-0

Inhalt

<i>Michael Jäckel</i> Vorwort – »Wir sind immer in Geschichten.«	7
<i>Christian Marx/Morten Reitmayer</i> Einleitung: Die offene Moderne	11
<i>Andreas Gestrich</i> Soziale Ungleichheit und Geschichte der Moderne	32
<i>Christof Dipper</i> Klassen – Aufstieg und Niedergang eines Paradigmas	59
<i>Christoph Weischer</i> Sozialstrukturanalyse und Sozialgeschichte	92
<i>Adelheid von Saldern</i> Geschlechterordnungen im 20. Jahrhundert. Ein Essay zu Deutschland und den USA	126
<i>Joachim Rückert</i> Privatautonomie unbegrenzt?	151
<i>Anselm Doering-Manteuffel</i> Konjunkturen von Liberalismus im 20. Jahrhundert. Das deutsche Beispiel	173
<i>Julia Angster</i> Das Ende des Konsensliberalismus. Zur Erosion einer Werteordnung »nach dem Boom«	189
<i>Ulrich Herbert</i> Weltanschauungseliten. Radikales Ordnungsdenken und die Dynamik der Gewalt	214
<i>Jakob Tanner</i> Kartelle und Marktmacht im 20. Jahrhundert	228

<i>Paul Windolf</i>	
Von der korporatistischen Koordinierung zur staatlichen Regulierung. Ein Paradigmenwechsel auf dem deutschen Finanzmarkt in den 1990er Jahren	248
<i>Jan-Otmar Hesse</i>	
Mit Hayek in der Handtasche. Hat der Neoliberalismus die Welt verändert? Das Beispiel der bundesdeutschen Handelspolitik	272
<i>Nicole Mayer-Ahuja</i>	
Wandel von Arbeit nach dem Fordismus – arbeitssoziologische Perspektiven	295
<i>Hans Günter Hockerts/Winfried Süß</i>	
Markt und Nation. Über zwei Relationen des Sozialstaats und ihren Wandel in Zeiten von Globalisierung und Europäisierung	318
<i>Andreas Eckert</i>	
Jenseits von Stahl und Kohle. Wirtschaftlicher Wandel und Industrialisierung in Afrika seit der Kolonialzeit. Eine Skizze	344
<i>Ursula Lehmkuhl</i>	
Internationale Ver- und Entriegelungsprozesse im »American Century«. Die 1970er Jahre als Epochenschwelle in den internationalen Beziehungen?	362
<i>Jan Eckel</i>	
Nachdenken über das »Ende«. Übergänge und Nebeneinander in der Zeitdiagnostik um 1990	386
<i>Martin Endreß</i>	
Zu einer historischen Theorie einer Schwellenzeit der Moderne. Aspekte einer Auseinandersetzung mit dem theoretisch-konzeptionellen Zuschnitt von Lutz Raphaels Zeitgeschichtsschreibung	414
Beiträgerverzeichnis	450

Michael Jäckel

Vorwort – »Wir sind immer in Geschichten.«

»Wir sind immer in Geschichten«. [...] Geschichten in Geschichten in Geschichten. Man weiß nie, wo eine endet und eine andere beginnt! In Wahrheit fließen alle ineinander. Nur in Büchern sind sie säuberlich getrennt.«¹

»Ruhm« heißt der Roman, aus dem diese Worte stammen. Der Titel passt zu einer Würdigung, die Botschaft des Zitats kann auch die Geschichtswissenschaft neugierig machen. In einer besonderen Romanform erweisen sich neun zunächst unabhängig voneinander aufgelistete Episoden als klug miteinander verwoben. Anstelle von Kapiteln, die dem Buch eine Ordnung geben, zerfließen plötzlich die Grenzen.

Die Infragestellung von Ordnungen und Sichtweisen, aber auch die Entwicklung neuer Perspektiven auf das Vergangene, kennzeichnen die wissenschaftliche Arbeitsweise von Lutz Raphael. Es beginnt bei der Frage, was eigentlich ein Thema ist. Jeder kennt aus seinen ersten Schreibversuchen während des Studiums – und auch bereits davor – die Herausforderung, etwas, weil es nicht zu einem Thema gehört, auch weglassen zu dürfen. Wie lässt sich also das Forschungsgebiet einhegen? Welche bereits vorgegebenen »Schubladen« beeinflussen den Blick auf das angeblich Wesentliche? Aus meiner Sicht steckt in diesen Fragen auch die Herausforderung an die Kreativität des Historikers, die Lutz Raphael in seinen Arbeiten vielfach unter Beweis gestellt hat. Er hat nicht nur die existierenden Gewohnheiten einer Disziplin hinterfragt, sondern aktiv mit eigenen Arbeiten Antworten auf mögliche alternative Wege der Erkenntnis gegeben. Ich will dies an wenigen Beispielen illustrieren.

Eine Reise durch die Hauptstädte dieser Welt würde jedem aufmerksamen Beobachter zeigen, dass die eigene Geschichte selten durch die Brille anderer Nationen vermittelt wird. So spiegelt sich auch im Curriculum des Geschichtsunterrichts das Curriculum einer Nation, vor allem dieses. Nach den desaströsen Erfahrungen mit einem übersteigerten Nationalismus hat sich dies zwar verändert, aber Erfahrungen mit Geschichte waren eben lange Zeit Erfahrungen mit der eigenen. Hinzu kam, dass Geschichte sich gerne an großen Persönlichkeiten und großen Ereignissen orientiert hat. Eine Vorliebe für das Heroische und Dramatische, für die radikalen Brüche und Scheidewege, kennzeichnet den Umgang mit der Vergangenheit.

1 Daniel Kehlmann, *Ruhm*, Hamburg 2010, S. 201.

In seinem Buch »Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme«² hat Lutz Raphael eine sehr differenzierte Sicht auf die Historie der eigenen Disziplin geworfen. Bevor sich das akademische Berufsfeld etablierte und Geschichtswissenschaft zu einem Fach an Universitäten wurde, organisierte es sich unter anderem in Clubs von Gelehrten, die unterschiedlich distanziert mit dem Phänomen der Staatsnähe umgingen. Besonders deutlich wird diese Abhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg. Die deutsche Geschichtswissenschaft, bis dahin eine Disziplin mit hohem Renommee, verlor nachhaltig an Ansehen. So zeigen diese Scheidewege der Geschichte eben auch, dass die Verwobenheit des Faches mit von »Menschen und Mächten« geschaffenen Ereignissen auch darüber entscheidet, wer zu den Gewinnern oder zu den Verlierern gehört. Auch die intensive Beschäftigung mit der französischen Historiografie unterstreicht diesen Zusammenhang. Symptomatisch steht hierfür der Satz von Marc Bloch: »J'ai horreur du nationalisme scientifique.«³ Die Geschichte sorgt selbst dafür, dass sich thematische Neukonfigurationen ergeben: Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es eine ideologische Blockbildung, die in der Disziplin Wahrnehmungsgrenzen aufbaut, zugleich leitet dieses Ereignis eine Phase des Postkolonialismus ein, ebenso eine Vorstellung von europäisch-westlicher Geschichtskultur. So erweist sich die Kategorie des Raumes gleich in mehrfacher Hinsicht als bedeutsam für die Geschichtswissenschaft.

Raum ist zugleich eine weitere Kategorie, die in vielfacher Weise Ordnungssinn vermitteln soll. Da ist zunächst die sprachliche Gebundenheit des Denkens, die innerhalb der Geschichtswissenschaft zu räumlich wahrnehmbaren Segregationen geführt hat. Lutz Raphaels Sortierung der internationalen Historiografie, die nun auch im digitalen Bereich Maßstäbe setzt⁴, zeigt, wie sich territoriale Grenzen auch in thematischen Wahlverwandtschaften niedergeschlagen haben. Hier geht es vor allem um die Bereitschaft, von den näheren und fernerer Nachbarn zu lernen. Der Blick in andere geschichtswissenschaftliche Kulturen erfolgt nicht, um die damit verbundene Vielfalt quasi zu dokumentieren. Eher soll es für die große Herausforderung sensibilisieren, die universalgeschichtliche Projekte zu berücksichtigen haben. Hier wirkt die Kategorie des Raumes wie eine Überforderung.

In anderen Fällen aber kann sie als analytisches Instrumentarium zu vielleicht nicht säuberlichen, aber doch deutlich erkennbaren Trennungen führen. Im Beitrag »Inklusion/Exklusion – ein Konzept und seine Gebrauchsweisen in der Neueren und Neuesten Geschichte«⁵ verknüpft Lutz Raphael die Kategorie

2 Lutz Raphael, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, München 2003.

3 Zit. nach: Ebd., S. 90.

4 Vgl. »Digital Atlas of European Historiography« (online: <https://daeh.uni-trier.de>, aufgerufen am 25.03.2020).

5 Lutz Raphael, *Inklusion/Exklusion – ein Konzept und seine Gebrauchsweisen in der Neueren und Neuesten Geschichte*, in: Iulia-Katrin Patrut/Herbert Uerlings (Hg.), *Inklusion/*

des Raumes mit einem zentralen Unterscheidungskonzept der Soziologie. Aussagen, die sich auf räumliche Kategorien beziehen, bestimmen oder begrenzen Handlungsspielräume. Herrschaftliche oder polizeiliche Anweisungen über den Umgang mit Menschenansammlungen im öffentlichen Raum gehören hier ebenso erwähnt wie die Schaffung exklusiver Räume für sogenannte Randgruppen. Auch die moderne Kategorie »No go-Area« zeigt, wie die Erwartung an die Beschaffenheit von Räumen selbst auferlegte Verzichte verstärkt. Die Nah- und Fernwirkung solcher Mechanismen hat insbesondere auch Michel Foucault analysiert, der Lutz Raphael wiederum als ein theoretischer Anker beim Blick auf die Funktionsweise bürokratischer Herrschaft im 19. Jahrhundert diente.⁶

Die Kategorie des Raumes eröffnet aber auch einen Blick über die reine Ereignisgeschichte hinaus, sie lenkt den Blick auf die großen Trägerschichten des sozialen Wandels, ebenso auf jene, die in ihren Traditionen verharren wollen. Aus der intensiven Auseinandersetzung mit der französischen Geschichtswissenschaft, insbesondere zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ist für die Forschungen an der Universität Trier ein tragender Gedanke hervorgegangen, der sich in der zwischenzeitlich gelegentlich bereits etwas überdehnten Formel »Strukturen langer Dauer« manifestiert hat. Aber auch hier ist es das Ordnungsprinzip, das historisch vermeintlich höchst disparate Phänomene als gar nicht so disparat erscheinen lässt. Der französischen Soziologie, insbesondere Pierre Bourdieu, verdanken wir beispielsweise die Aufforderung, nach den Gemeinsamkeiten zwischen auf den ersten Blick unterschiedlichen Dingen zu suchen. Dies baut Brücken zwischen Kultur und Ökonomie, zwischen Systemen, die normalerweise getrennt gesehen werden. Ebenso steht der Begriff »Mentalität« für ein Amalgam von gesellschaftlichem Sein und Bewusstsein, das Lutz Raphael in seinen Arbeiten stets interessiert hat. Sein Blick über die Grenzen hätte im Titel des jüngst erschienenen Buchs »Jenseits von Kohle und Stahl«⁷ nicht deutlicher artikuliert werden können. Denn es war Ulrich Beck, der zu Beginn der 1980er Jahre mit seinem Beitrag »Jenseits von Stand und Klasse?«⁸ nicht nur an lange Kontroversen über die Angemessenheit soziologischer Kategorien anknüpfte, sondern den Ort »Gesellschaft« neu zu vermessen begann.

In seinem Beitrag »Persönliche und Sachliche Kultur«, erstmals erschienen im Jahr 1900, beschrieb Georg Simmel das Verhältnis des Menschen zu anderen und zu sich selbst als Kultur: »Indem wir die Dinge kultivieren, [...] kultivieren

Exklusion und Kultur. Theoretische Perspektiven und Fallstudien von der Antike bis zur Gegenwart, Köln 2013, S. 235–256.

6 Lutz Raphael, *Recht und Ordnung. Herrschaft durch Verwaltung im 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2000.

7 Ders., *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019.

8 Ulrich Beck, *Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten*, in: Reinhard Kreckel (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, S. 35–74.

wir uns selbst.«⁹ Daraus ergeben sich Wertschätzungen und der Sinn für Traditionen. Ebenso ist das Verschwinden dieser Kulturen ein schmerzhafter Prozess. Lutz Raphael hat es in seiner vergleichenden Geschichte der Industriearbeit im ausgehenden 20. Jahrhundert akribisch verdeutlicht. Die Analyse vermittelt, was manchmal nur einem anderen Genre gelingt. In »Rost«, einem Roman von Philipp Meyer, wird das Schicksal der Stahlregion Pittsburgh wie folgt beschrieben: »Dann kam das nächste alte Werk mit Schornstein, das war nicht nur Stahl, das waren Dutzende kleinerer Industrien, die den Stahlwerken zuarbeiteten und von ihnen abhingen; Schneiden und Pressen, dann Spezialbeschichtungen, Bergbauequipment, eine lange Liste. Das System war recht komplex, und als die Werke dichtmachten, da brach das ganze Tal zusammen, dessen Herz der Stahl gewesen war. Er fragte sich, wie lange es dauern würde, bis alles zu Rost zerfiel, das Tal zu einem primitiven Urzustand zurückkehrte. Allein der Stein würde fortauern.«¹⁰ Auch Lutz Raphael kann Partei ergreifen, ohne parteiisch zu werden.

Am Ende dieser kurzen und einleitenden Geschichte steht also wieder ein Roman. Die Kreativität der literarischen Geschichtsschreibung ist weit gespannt. Deren Konkurrenz zu einem »faktengestützte[n] Realismus«¹¹ war und ist Lutz Raphael sehr bewusst. Der Begriff »Quelle« wird für eine methodenbewusste Geschichtswissenschaft zu einer schwierigen Kategorie. »Geschichten in Geschichten in Geschichten« heißt es bei Kehlmann. Der britische Kulturwissenschaftler Raymond Williams hat einmal von einer »dramatisierten Gesellschaft« gesprochen, für die die regelmäßige Ablenkung durch unterschiedlichste Medien der Zerstreung in den Rang »eines grundlegenden Bedürfnisses« aufgerückt sei.¹² Das ist nicht das Geschäft der Historikerin oder des Historikers. Aber für die Faszination, die von dieser Disziplin (durchaus in einem doppelten Sinne) ausgeht, zu werben, schon. Der Leibniz-Preisträger Lutz Raphael ist ein sehr gutes Beispiel dafür.

9 Georg Simmel, Persönliche und sachliche Kultur, in: Neue Deutsche Rundschau (Freie Bühne) 11 (1900), Heft 7, S. 700.

10 Philipp Meyer, Rost, Stuttgart 2010, S. 16 f.

11 Raphael, Geschichtswissenschaft, S. 63.

12 Raymond Williams, Drama in einer dramatisierten Gesellschaft [1984], in: Udo Göttlich u. a. (Hg.), Kommunikation im Wandel. Zur Theatralität der Medien, Köln 1998, S. 238–252, hier S. 241.

Christian Marx/Morten Reitmayer

Einleitung: Die offene Moderne

Es mangelt gewiss nicht an Vorschlägen zu einer inhaltlichen Bestimmung des Moderne-Begriffs, auch aus historischer Perspektive. Ein Arbeitsbegriff der Moderne, der es vermöchte, die Forschung derart anzuregen, dass offene Fragen beantwortet und neue Fragen gestellt werden können, wäre zweifellos ein großer heuristischer Gewinn. Bekanntlich hatte sich die Modernisierungstheorie dieser Aufgabe angenommen und mit einem robusten politischen Mandat versehen. Doch bei allem wissenschaftlichen Ertrag etwa der »Deutschen Gesellschaftsgeschichte«¹ hat die Kritik – neben anderen Einwänden – auf zwei konzeptionelle Probleme aufmerksam gemacht, die die Modernisierungstheorie in Deutschland schließlich als Sackgasse erscheinen ließen: Erstens hat die Annahme der strukturellen Kopplung der Prozesse in Wirtschaft, Sozialstruktur, Politik und Kultur die normativ aufgeladene Vorstellung einer Parallelität historischer Verläufe in diesen Makrofeldern heraufbeschworen, die in der historischen Wirklichkeit kaum je aufzufinden ist. Und zweitens führte die Annahme eines geglückten westlichen »Normalwegs« in die Moderne, die sich aus der Idealisierung – insbesondere jener Parallelität – der englischen, französischen und US-amerikanischen Geschichte ergeben hatte, zu einer teleologischen Verengung der Modernisierungstheorie, die ihre Erklärungskraft für die geglückten wie die missglückten Nationalgeschichten, etwa in Gestalt des »deutschen Sonderwegs«, empfindlich minderte.²

Neuere Vorschläge einer gewissermaßen »verschlankten« Modernisierungstheorie haben deshalb insbesondere die Idee der strukturellen Kopplung sowie die teleologische Perspektive aufgegeben und versucht, auf diese Weise einen Analyserahmen für die spezifischen Dynamiken und die Widersprüche moderner Gesellschaften, gerade in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, zu retten.³ Besonders die Wucht der Basisprozesse, also das in seinem Ausmaß ganz

1 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 5 Bde., München 1987–2008; ders., *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975. Das eigentlich paradigmatisch modernisierungstheoretisch angelegte Werk ist aber wohl ders., *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1973.

2 Helga Grebing, *Der »deutsche Sonderweg« in Europa 1806–1945. Eine Kritik*, Berlin 1986.

3 Axel Schildt, *Modernisierung*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.02.2010, http://docupedia.de/zg/schildt_modernisierung_v1_de_2010, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.787.v1> (zuletzt abgerufen am 12.07.2020); Ulrich Herbert, *Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century*, in: *Journal of Modern European History* 5 (2007), S. 5–21.

neue, aber diskontinuierlich verlaufende (vorwiegend industrielle) Wirtschaftswachstum, der säkulare Bedeutungsverlust der Landwirtschaft, die Klassenbildungsprozesse vor allem des Industrieproletariats und der neuen Mittelklassen, Urbanisierungs- und Migrationswellen, die Entstehung eines politischen Massenmarktes und die Notwendigkeiten der politischen Massenintegration im Nationalstaat, die breitenwirksame Alphabetisierung und die fortschreitende Entzauberung der Welt durch die modernen Wissenschaften, und die dadurch verursachte hohe Geschwindigkeit der Modernisierung haben Politik und Gesellschaft in Deutschland während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor schier unlösbare Herausforderungen gestellt. Dagegen hat unter anderem der Einspruch der Begriffsgeschichte darauf aufmerksam gemacht, dass zum einen der Begriff der Moderne zumindest in Deutschland erst aus den 1880er Jahren datiert, und dass sich zum anderen den historischen Akteuren um 1800 vor dem Hintergrund eines revolutionierten Erfahrungsraums ein ganz neuer Erwartungshorizont aufgespannt habe.⁴ Christof Dipper hat deshalb die Dialektik von Basisprozessen und den zu relativ stabilen Ordnungsmustern verfestigten Wahrnehmungen, Erfahrungen und Wissensbeständen (»Diskursen«) ins Zentrum seines Moderne-Begriffs gestellt. Dieser verdichtet sich in dem Befund des geschichtlich neuartigen Bewusstseins der historischen Zeitgenossen, in der Moderne zu leben. Von hier aus kann Dipper dann eine Geschichte der Moderne als eines gerichteten historischen Verlaufs in die Gegenwart schreiben.⁵

Aber ist ein solcher Moderne-Begriff sinnvoll ohne den Kapitalismus als konstitutives Element zu denken? Diese Frage hat Werner Plumpe aus gänzlich unmarxistischer Sicht aufgeworfen und mit seinem Konzept des »modernen Kapitalismus«, der um 1800 entstanden sei, beantwortet.⁶ Auch dagegen lassen sich – vor allem aus wirtschaftshistorischer Sicht – Einwände erheben, die hier nicht abgewogen werden können, doch sei zu Bedenken gegeben, dass die Beziehungen zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der übrigen Geschichte in diesem Modell nicht gerade entkompliziert werden; zum einen weil die Natur dieser Beziehung fraglich bleibt, zum anderen weil diese übrige Geschichte gewissermaßen zur Restgröße herabsinkt. Denn die »andauernde Revolution« (Plumpe) der kapitalistischen Modernisierung erscheint in einem

4 Christof Dipper, *Moderne*, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 25.08.2010, http://docupedia.de/zg/dipper_moderne_v1_de_2010, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.318.v1> (zuletzt abgerufen am 12.07.2020).

5 Christof Dipper, *Moderne*, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 17.01.2018, http://docupedia.de/zg/Dipper_moderne_v2_de_2018, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.1114.v2> (zuletzt abgerufen am 12.07.2020).

6 Werner Plumpe, *Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution*, Berlin 2019; Tagungsbericht: Konzeptionen der Moderne – Wissenschaftsgeschichtliche Perspektiven und aktuelle Entwicklungen, 11.11.2010–13.11.2010 Essen, in: *H-Soz-Kult*, 04.01.2011, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-3467> (zuletzt abgerufen am 12.07.2020).

solchen Moderne-Begriff einzig von endogenen Faktoren angetrieben; die Wirkung zwischen der wirtschaftlichen Dynamik und den politischen, sozialen und kulturellen Prozessen erscheinen einseitig oder zumindest stark asymmetrisch zu sein – wie sind in dieser Hinsicht z. B. die Bedeutung wissenschaftlich-technischer Innovationen oder auch die Ökonomisierung anderer Felder (etwa desjenigen des Wissenschaftsbetriebs) zu bewerten?

Die machtvolle Veränderungsdynamik der kapitalistischen Modernisierung selbst dürfte hingegen nur von kulturalistischen *die-hards* in ihrem Ausmaß bestritten werden. Zu ihrem Motor wie zu ihrem Symbol wurde schon früh die Eisenbahn, doch Lokomotiven und Züge symbolisierten weit mehr als allein die *ökonomische* Moderne: Die Dynamik des wissenschaftlichen Fortschritts, die Bewegung ohne Muskelkraft, die Erschließung großer Räume, eine Infrastruktur, die neue Wahrnehmungen schuf, die Leistungsfähigkeit moderner Gesellschaften als solcher.⁷ Doch in den 1940er Jahren fuhren die Eisenbahnen auch nach Auschwitz, und gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurden die Eisenbahngleise auf vielen Nebenstrecken demontiert, weil sich der Zugbetrieb angesichts der Konkurrenz von Automobil und Flugzeug nicht mehr lohnte. Auch war nicht jede Zugfahrt an ihr glückliches Ende gekommen, wie das Umschlagbild zeigt. Mit dem Verschwinden der Lokomotive als Symbol der Moderne war letztere allerdings noch nicht beerdigt; Todesanzeigen begleiten sie seit ihrer Geburt. Ebenso verkündet keiner der hier versammelten Beiträge den Beginn der Postmoderne; vielmehr zeigt sich die Moderne nach vielen Richtungen hin offen, mit ungewisser Zukunft, aber gestaltungsoffen für ganz unterschiedliche Handlungs- und Deutungsmöglichkeiten.

Es ist daher nicht nötig, die folgenschwere Unterscheidung zwischen den Gesellschaften der Moderne und denjenigen der Vormoderne zu bemühen,⁸ um die von Niklas Luhmann eingeführte Denkfigur des »Möglichkeitsüberschusses«, der in funktional differenzierten Gesellschaften an die Stelle des »Zwangs der Tradition« zur Gestaltung von Gegenwart und Zukunft getreten sei, zum

7 Jörn Leonhard, *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018, S. 141; Plumpe, *Das kalte Herz*, S. 194–200.

8 Es sei nur auf Christopher Baylys globalgeschichtlich argumentierenden Entwurf verwiesen, wonach mit der »Geburt der Moderne« gewissermaßen ein Zivilisationsprung verbunden war, weil der neue Typus des Nationalstaats und die massive Ausweitung globaler wirtschaftlicher und intellektueller Verbindungen derart heftig miteinander interagierten, dass eine neue Stufe der sozialen Organisation entstand, gekennzeichnet durch Komplexität und Uniformität. Hier steht also der qualitative Sprung von der Vormoderne in die Moderne im Vordergrund und weniger die disruptiven Prozesse seit dem späten 19. Jahrhundert, weshalb Baylys Moderne-Begriff in der Zeitgeschichte nur eine untergeordnete Rolle spielt. Allerdings ähnelt Baylys Bestimmung, dass »das Wesentliche des Modernseins darin liegt, sich für modern zu halten«, durchaus derjenigen Dippers. Vgl. Christopher A. Bayly, *Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780–1914*, Frankfurt am Main 2006, Zitat S. 25.

Ausgangspunkt eines Nachdenkens über Gesellschaften im 20. Jahrhundert zu wählen.⁹

Mit diesem theoretisch grenzenlosen Möglichkeitsraum, der seine Grenzen systemtheoretisch erst an den Sinn-Grenzen der sozialen Systeme findet, erscheint die Moderne grundsätzlich offen – auch ohne die Übernahme weiterer systemtheoretischer Denkfiguren. Der Zwang zur Selektion aus dem unübersichtlichen Repertoire der Möglichkeiten dürfte sich dabei angesichts des machtvollen Handlungsdrucks, der im 20. Jahrhundert von den oben genannten Basisprozessen der Industriemoderne ausging, vervielfacht haben: Sie erzeugten nämlich die Handlungs- und damit Selektionszwänge, deren Ergebnisse sich zu stabilen Mustern der sozialen und symbolischen Ordnung verfestigten und dem 20. Jahrhundert sein Gesicht verliehen. Gleichwohl, die praktische Auswahl an Möglichkeiten war nicht unbegrenzt und beliebig; situative Momente, nationale Traditionen, politisch-soziale Weltbilder, handfeste Interessen und machtbewehrte Konstellationen schränkten die Selektionsmöglichkeiten sichtbar ein. Die Geschichte der Sozialstaatlichkeit in Europa, die ausschnittsweise auch in diesem Band berührt wird, legt davon ein beredtes Zeugnis ab. Auch die erstaunliche Resilienz des liberal-kapitalistischen Gesellschaftsmodells in den europäischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts stellt einen offensichtlich häufig gewählten Ausschnitt dieses Möglichkeitsraums dar.

Die Renaissance liberaler Ideen und der säkulare Aufstieg »neoliberaler« Gesellschaftskonzepte und Handlungsimperative in nahezu allen westlichen Gesellschaften seit den 1970er Jahren, sowie die entsprechenden Bewegungen in zahlreichen sogenannten Transformationsgesellschaften der ehemals staatssozialistischen Länder seit 1989/90 konfrontieren die ZeithistorikerInnen mit neuen (und alten) Fragen der Attraktivität und der Beharrungskraft dieses Ordnungsmusters seit dem 19. Jahrhundert. Denn der Wiederaufstieg dieser Ordnungsideen, die ihren Siegeszug in ganz unterschiedlicher Gestalt antraten – von der Forderung nach mehr Auswahlmöglichkeiten für Konsumenten über die Propaganda zur (Selbst-) Optimierung von Individuen und Prozessen oder zur Binnensteuerung von Organisationen durch marktförmige Regulierungen bis hin zum planmäßigen Aushöhlen von Arbeitnehmerrechten im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftsunternehmen – weisen darauf hin, dass unsere Gegenwart von der auf gesellschaftliche und politische Integration bedachte, korporatistische und konformistische Ära nach 1945 durch eine tiefe Zäsur getrennt ist, über deren Ausmaß bislang allerdings keine Einigkeit besteht.

9 Niklas Luhmann, Sinn als Grundbegriff der Soziologie, in: Jürgen Habermas/Niklas Luhmann (Hg.), Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung?, Frankfurt am Main 1971, S. 25–100, hier S. 56/57; Hans Ulrich Gumbrecht, Modern, Modernität, Moderne, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 93–131, hier S. 131.

Auf das Auftauchen einer solchen Epochenschwelle im Verlauf der 1970er Jahren ist bereits von Zeitgenossen hingewiesen worden; der französische Philosoph Jean-François Lyotard hat 1979 beispielsweise mit dem Begriff des »post-modernen Wissens« außerordentlich einflussreich die Behauptung einer tiefgreifenden Differenz zwischen der Epoche der Moderne und derjenigen der »Postmoderne« vertreten. Ganz ähnlich, wenn auch auf einer anderen Ebene gelagert, ist der Bericht an den Club of Rome interpretiert worden, der 1972 die berühmt gewordenen »Grenzen des Wachstums« verkündete. Die Vielzahl der Diagnosen eines epochalen Bruchs kann hier nicht gewürdigt werden; erwähnt seien nur die Deutung von Eric Hobsbawm, wonach ein »Erdbeben« die bipolare Welt des 20. Jahrhunderts beseitigt habe, und das Konzept des »Strukturbruchs« von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael.¹⁰ Der von ihnen postulierte »soziale Wandel revolutionärer Qualität«, der sich zwischen den 1970er und 1990er Jahren ereignet habe, lässt sich als eine konfliktreiche Erweiterung des Möglichkeitsraums verstehen, in der Bindungen und Verriegelungen aufgebrochen wurden, die seit dem 19. Jahrhundert geschaffen worden waren, um die als gefährlich erachteten ökonomischen, sozialen und kulturellen Dynamiken, die von den Basisprozessen der Moderne ausgingen, zu begrenzen oder zumindest zu kanalisieren.¹¹

Die neoliberalen Entriegelungen sind am leichtesten auf zwei Gebieten zu beobachten: Auf dem der Politischen Ökonomie einerseits, sowie im Bereich der neuen gesellschaftlichen Zeitdiagnosen und Leitbegriffe andererseits: Die Wellen der Privatisierung, die in den 1980er Jahren Westeuropa und nach 1990 Osteuropa durchliefen, der allgemeine Abbau von Kapitalverkehrs- und Außenhandelsbeschränkungen, die Aufgabe staatlicher Monopole und Preisfestsetzungen – alle diese Maßnahmen wurden ausdrücklich ergriffen, um diejenigen Wettbewerbskräfte freizusetzen, die einst von eben diesen Bindungen kontrolliert, eingehengt und abgeriegelt werden sollten.¹² Zeitgenössische Leitbegriffe wie »Individualisierung«, »Erlebnisgesellschaft«, »unternehmerisches Selbst« usw. postulierten die Auflösung gewachsener sozialer Milieus sowie deren Kontrollmechanismen und Ordnungsideen, und propagierten die Kreativität des von seinen sozialen Zwängen befreiten Individuums.¹³ Dagegen hat-

10 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte nach 1970, 3. Aufl., Göttingen 2012.

11 Lutz Raphael verweist schon früh darauf, dass in den 1970er Jahren »wichtige Tragpfeiler des politisch-ökonomischen Modells der Nachkriegszeit ins Wanken geraten« sind. Vgl. Lutz Raphael, Partei und Gewerkschaft. Die Gewerkschaftsstrategien der kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs seit 1970, Münster 1984, S. 26.

12 Norbert Frei/Dietmar Süß (Hg.), Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012.

13 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986; Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt am Main 1992; Ulrich Bröckling, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt am Main 2007.

ten die korporatistischen Experimente der Zwischenkriegszeit zum Teil explizit auf die Beseitigung des liberal-kapitalistischen Ordnungsmodells abgezielt – was in Osteuropa bis 1990 zu beobachten war –, auf jeden Fall aber der Zählung der Dynamiken des politischen Massenmarktes gedient; und die politisch-sozialen Leitvokabeln kreisten seit der Jahrhundertwende um »ganzheitliche« Sozialmodelle, die die Einbindung des Individuums in – unterschiedlich konstruierte – »Gemeinschaften« feierten. Die zahlreichen Systemwechsel nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Europa (einschließlich der Besatzungsherrschaften) versuchten mehr oder weniger erfolgreich, diese Leitideen umzucodieren, ohne jedoch den Primat der notwendigen Einbindung des Individuums aufzugeben. Auch korporatistische Modelle konnten nach 1945 als regulierte Form der Interessenvermittlung unter demokratischen Vorzeichen fortgesetzt werden.¹⁴

Neben dem Zweck der Einhegung, Begrenzung und Kontrolle von Dynamiken dienten solche Abriegelungen auch der Vermeidung von Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsystemen, etwa in Form sozialstaatlicher Sicherungsinstrumente, die das Durchschlagen wirtschaftlicher Krisen auf individuelle Lebensschicksale und kollektive Sozialordnungen abmildern und begrenzen sollten. Schließlich ist daran zu denken, dass die großen korporativ eingebundenen nichtstaatlichen Mitspieler während des kurzen 20. Jahrhunderts, von den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften über weitere Interessenverbände bis hin zu den großen Kirchen, von ihren Mitgliedern ein verhältnismäßig konformistisches Verhalten erwarteten (und dies auch durchsetzten). Auch diese Bindungen an Verhaltensstandards lösten sich seit den 1970er Jahren (was beispielsweise die Bindung an die großen Kirchen anbetrifft teilweise auf schon früher) sukzessive auf.

Mit diesen materiellen und ideellen Konstellationen, Interessen und Selektionsmechanismen, kurz, mit der Geschichte nationaler und transnational wirksamer Ordnungsmuster stehen, das ist der Vorschlag dieses Buches, nun aber auch genau diejenigen Bezugspunkte für eine vergleichende und synthetisierende Sozialgeschichte Europas zur Verfügung, die sich nicht bloß als eine »Sammelstelle für Sektoralgeschichten« versteht.¹⁵ Eine solche Forschungsperspektive lädt deshalb dazu ein, ihren jeweiligen Untersuchungsgegenstand als einen Fall des Möglichen zu konstruieren, denn der Vielzahl an Selektionsmöglichkeiten standen doch immer wieder nur wenige, gleiche oder mindestens ähnliche und vergleichbare Herausforderungen gegenüber. Mit anderen Worten, die Ähnlichkeiten der Herausforderungen und die als Antwort darauf entstandenen Ordnungsmuster können einen Rahmen für eine Sozialgeschichte Europas bilden.

14 Anselm Doering-Manteuffel, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62/3 (2014), S. 321–348.

15 Lutz Raphael, Ordnungsmuster der »Hochmoderne«? Die Theorie der Moderne und die Geschichte der europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert, in: Ute Schneider/Lutz Raphael (Hg.), Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper, Frankfurt am Main 2008, S. 73–91, hier S. 73.

Eine der größten Herausforderungen für die Gesellschaften Europas bestand zweifellos in der mindestens bis zum Ersten Weltkrieg wachsenden und erst nach 1945 spürbar – und doch nur vorübergehend – abnehmenden materiellen Ungleichheit. Nicht dass *ökonomisch-soziale* Ungleichheit neu gewesen wäre, aber bis zum 19. Jahrhundert waren die *politischen, rechtlichen und kulturellen* Dimensionen von Ungleichheit in den europäischen Gesellschaften ungleich dominanter als im 20. Jahrhundert, von den totalitären Systemen einmal abgesehen, und unbeschadet der Tatsache, dass dies für die europäisch beherrschte imperial-koloniale Welt gerade nicht galt. Gewissermaßen »nackte« ökonomische Ungleichheit lief jedoch auch dem allgemeinen europäischen Trend zu »Wachstum und Gleichheit« in Politik und Recht, Konfession und Bildung zu wider und stellte eben deshalb eine so große Herausforderung für die Staaten Europas dar. Auch wenn der logische Status sozialer Ungleichheiten (im starken Plural) für eine Theorie der Moderne nach dem Ende der Modernisierungstheorie unklar ist,¹⁶ so sind die Effekte sozialer Ungleichheit doch in kaum einem Handlungsfeld zu übersehen. Anders gesagt, Ungleichheit stellte eine unhintergehbare Tatsache und eine politische, soziale, kulturelle und ökonomische Herausforderung für moderne Gesellschaften dar.

Vor diesem Hintergrund diskutiert *Andreas Gestrich* die Frage nach dem Stellenwert sozialer Ungleichheit für die Geschichte moderner Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Dabei folgt er den Überlegungen von Lutz Raphael, wonach die Moderne eine Vielzahl konkurrierender Ordnungsentwürfe und politischer Handlungsoptionen bereithalte und die Entwicklung der europäischen Gesellschaften gerade aufgrund dieses Möglichkeitsüberschusses richtungs- und gestaltungsoffen sei. Umgekehrt sei die zunehmende sozialwissenschaftliche Selbstbeobachtung ein Basisprozess, von dem alle europäischen Gesellschaften ergriffen worden seien.¹⁷ Sozialer Ungleichheit wurde hierbei mal mehr, mal weniger Aufmerksamkeit geschenkt, aber sie verschwand nicht. Gestrich plädiert daher dafür, den die Moderne kennzeichnenden Möglichkeitsüberschuss rivalisierender Ordnungsentwürfe mit der Idee sozialer Felder zusammenzudenken, um auf diese Weise funktionale und vertikale Differenzierungen sowie Handlung und Struktur aufeinander zu beziehen und soziale Ungleichheit in der Gesellschaftsgeschichte der Moderne zu verankern. Vor dem Hintergrund der empirischen Erträge der britischen Forschung konstatiert er, dass in der Bundesrepublik die traditionelle sozialwissenschaftliche Konzentration auf Unter- und Mittelschichten und das Erwerbseinkommen blinde Flecken in der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung – in Bezug auf Reichtum wie auch auf versteckte Dimensionen sozialer Ungleichheiten – hinterlassen hat. Nicht umsonst sind die Vermögenseliten die unbekannteste der deutschen Elitenfraktionen. Gestrich

16 Vgl. die Beiträge von Andreas Gestrich und Christof Dipper in diesem Band.

17 Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165–193.

diskutiert insbesondere Sieghard Neckels These der »Refeudalisierung« als Bezeichnung für »dynastische Strukturen ökonomischer Macht« am Beispiel des Landbesitzes in Großbritannien. Damit wirft Gestrich eine Frage auf, die auch in der neueren Erforschung des Reichtums noch kaum wahrgenommen worden ist, nämlich unter welchen historischen Bedingungen, mit welchen Praktiken und welchen Folgen eigentlich Reichtum, also ein hohes ökonomisches Kapital, in andere Kapitalsorten transformiert werden kann.¹⁸

Auch *Christof Dipper* kommt zu dem Ergebnis, dass die modernisierungstheoretischen Großnarrationen und mit ihnen das Klassenparadigma mit dem Niedergang der industriegeprägten Geschichtsepoche zeitverzögert in die Krise gerieten. Während der »klassischen Moderne« hatten sich die europäischen Gesellschaften intensiver als zuvor für ökonomisch erzeugte Ungleichheit interessiert, weil diese nur noch in Grenzen als legitim erachtet wurde. In dieser Perspektive sind »Klassen« als diskursiv erzeugte Ordnungsmuster der Moderne zu verstehen, die Gesellschaften Orientierung boten und ihnen damit halfen, die komplexer und dynamischer werdenden Herausforderungen zu bewältigen. Seitens der deutschen Historiker wurde diese Entwicklung lange Zeit ausgeblendet. Bei ihnen dominierte nach wie vor ein politiklastiges Geschichtsbild, das erst in den 1960er Jahren durch den Aufstieg der Sozialgeschichte eine Erschütterung erfuhr. Doch war jener Perspektivenwechsel nicht von Dauer. Gerade als die Sozialgeschichte und das Klassenparadigma an Auftrieb gewannen, erlebten zahlreiche westliche Gesellschaften das Ende der Proletarität¹⁹ – ohne dass soziale Ungleichheiten dadurch verschwunden wären. Infolgedessen wirken die Großdarstellungen der Sozialgeschichte – von Hans-Ulrich Wehler oder Jürgen Kocka – inzwischen wie Monumente vergangener Tage in einer neuen Wissenschaftslandschaft, die durch eine enorme Pluralisierung der Perspektiven gekennzeichnet ist. Da »Klasse« nur die vertikale Dimension der Struktur sozialer Ungleichheit anspricht und sich die Facetten sozialer Ungleichheit gegenwärtiger Gesellschaften immer weiter ausdifferenzieren, erscheint diese Kategorie für Dipper – auch aufgrund der Zeitgebundenheit geschichtswissenschaftlicher Deutungsangebote – zur Beschreibung moderner Gesellschaften zunehmend ungeeignet.

- 18 Gestrich verweist in seinem Beitrag umfänglich auf die Konzepte Pierre Bourdieus, in dessen Soziologie das Problem des Transfers zwischen unterschiedlichen Kapitalsorten eine wichtige Stellung einnimmt. Zu denken ist aus einer anderen Perspektive jedoch auch beispielsweise an Christoph Deutschmanns Überlegungen zu Geld als universalem Inklusionsmedium. Vgl. Christoph Deutschmann, Geld als universales Inklusionsmedium moderner Gesellschaften, in: Rudolf Stichweh/Paul Windolf (Hg.), Inklusion und Exklusion. Studien zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit, Wiesbaden 2009, S. 223–239.
- 19 Josef Mooser, Abschied von der »Proletarität«. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Werner Conze/Rainer M. Lepsius (Hg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 143–186; Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.

Dass die Bielefelder Sozialgeschichte schon kurz nach ihrer Blüte vor gewaltigen konzeptionellen Herausforderungen stand – vor allem durch die Konfrontation mit der Alltagsgeschichte, der Frauen- und Geschlechtergeschichte sowie der neuen Kulturgeschichte – wird auch von *Christoph Weischer* konstatiert. In seiner Analyse des Verhältnisses von Sozialstrukturanalyse und Sozialgeschichte kommt er zu dem Schluss, dass es im Grunde in beiden Disziplinen zu einer ähnlichen Krise der klassischen Analysemodelle kam. Neue Forschungsperspektiven wie die Geschlechter- oder die Migrationsforschung hatten in beiden Fällen zunächst einen herausfordernden Charakter und bewirkten dann das Einbeziehen neuer geschlechtlicher, transnationaler oder globaler Perspektiven. Gleichzeitig erfuhr die Bedeutung von kulturellen Praktiken für soziale Differenzierungsprozesse eine erhöhte Aufmerksamkeit. Im Ergebnis habe dies dazu geführt, dass verschiedenste Forschungszusammenhänge zu sozialen Ungleichheiten heute eher nebeneinander als miteinander in Kontakt stünden. Vor diesem Hintergrund schlägt Weischer vor, die alten und neuen Konzepte der Sozialstrukturanalyse im Sinne einer Protheorie sozialer Ungleichheit zusammenzubringen, bei der sozialen Positionen und sozialen Lagen eine zentrale Bedeutung zukomme. Mit Blick auf die Sozialgeschichte könne hieraus zum einen eine Geschichte der sozialen Positionen als Geschichte des gesellschaftlichen Wandels, zum anderen eine Geschichte sozialer Lagen als Geschichte des sozialstrukturellen Wandels entwickelt werden.

Zweifelsohne gehören Klasse, Geschlecht, Rasse und Ethnizität – auch und gerade in ihrer sozialen Konstruiertheit – zu den klassischen Kategorien der Ungleichheitsforschung; dies gilt für die Sozialstrukturanalyse wie für die Sozialgeschichte. In diesem Zusammenhang zeigt *Adelheid von Saldern* in einem deutsch-amerikanischen Längsschnittvergleich für das 20. Jahrhundert, dass die Ordnung der Gesellschaft stets von geschlechterspezifischen Grenzziehungen durchdrungen war. Während es die alte Frauenbewegung in der wilhelminischen Öffentlichkeit zunächst schwer hatte, sich Gehör zu verschaffen, erlangten Frauen mit der Revolution 1918 das Wahlrecht und damit ihre verfassungsrechtliche Gleichberechtigung als Staatsbürgerin. In den 1920er Jahren wies das medial verbreitete Leitbild der Neuen Frau in Deutschland wie den USA auf die neuen Möglichkeiten hin, selbstbestimmt und selbstoptimiert die bestehenden gesellschaftlichen Grenzziehungen ausweiten zu können, doch blieben die Maßstäbe der (weißen) bürgerlichen Mittelschichtenfamilie weit verbreitet. In diesem Zusammenhang entwickelte sich die Eugenik zu einem gesellschaftlichen Optimierungsprogramm für Mensch und Gesellschaft – diesseits wie jenseits des Atlantiks – und wurde unter den Bedingungen des rassistischen NS-Regimes auf breiter Front ausgebaut, besonders zu Lasten der Frauen.

Wie eng Antirassismus und Frauenbewegung miteinander in Kontakt standen, zeigte sich besonders in den USA, wo sich die neue Frauenbewegung in den 1960er Jahren – im Unterschied zur Bundesrepublik – nicht nur im Kontext der Studentenbewegung, sondern auch im Rahmen der antirassistischen Civil Rights-Bewegung formierte. Auch in Deutschland übertraf die gesellschafts-

politische Stoßkraft der neuen Frauenbewegung jene der alten Frauenbewegung bei weitem. Dennoch warnt von Saldern davor, die Geschlechtergeschichte des 20. Jahrhunderts als eine stetig fortschreitende Verringerung der geschlechterbezogenen Ungleichheiten zu erzählen. Frauen fungierten während des ganzen 20. Jahrhunderts vielfach als Manövriermasse auf dem Arbeitsmarkt – und tun es bis heute. Auch neue psychologische Auswahlverfahren fußten vielfach auf geschlechterbezogenen Grundannahmen männlicher Gutachter, und so entwickelten sich in beiden Ländern männliche Alleinernährermodelle mit geschlechterspezifisch hierarchisierten Lohngruppen heraus. Die Hochzeit der Industriegesellschaft ermöglichte noch einmal eine späte Blüte patriarchaler Strukturen, gleichzeitig blieb das moderne Prekariat vielfach weiblich – wie auch Nicole Mayer-Ahuja und Christoph Weischer in ihren Beiträgen herausstreichen.

Eine der Grundlagen des liberal-kapitalistischen Ordnungsmodells ist das Privatrecht, das die Autonomie des Individuums im Verhältnis zu seiner sozialen Einbettung definiert. In diesem Zusammenhang betont auch *Joachim Rückert* in seinem Beitrag mehrfach die Bedeutung geschlechtsbezogener Regeln. Zwar gingen viele rechtliche Änderungen mit einer Ausweitung weiblicher Partizipationsrechte einher, doch oftmals wurden hier neue Beschränkungen eingezogen. Das Entstehen, der Wandel oder das Scheitern von Rechtsordnungen – sie sind immer an bestimmte Bedingungen, wie vergangene Erfahrungen, zukünftige Erwartungen und (dauerhafte) soziale Praktiken, gebunden. Rechtssetzungen und soziokulturelle Ordnungsmuster stehen somit in einem Wechselverhältnis zueinander und regulieren über ein zu einem Regime verdichtetes Ordnungsdenken moderne Gesellschaften. Gesellschaftliche Selbstbeobachtungen, wissenschaftliche Diskurse und die Verwissenschaftlichung des Sozialen – wie sie von Lutz Raphael mehrfach herausgestellt worden sind²⁰ – dienen somit als Grundlagen zur Legitimation gouvernementaler Ordnungen. Auch der Erfahrungshintergrund des ökonomischen Erfolgs konnte hierzu beitragen. Rückert argumentiert, dass die privatrechtlich geschützte Autonomie des Individuums und seine Entfaltungsmöglichkeiten eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand gewesen seien. Der Kern jener Gestaltungsmöglichkeiten liege in der Privatautonomie bzw. konkret in der Freiheit, seine Rechtsverhältnisse selbst gestalten zu dürfen. Stärker als die vielfach im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Bereiche des Verfassungs- oder des Strafrechts bestimmten die Rechtssätze des Privatrechts Formen gesellschaftlicher Koordination und Konfliktlösung. Am Beispiel der Normen des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794, des Bürgerlichen Gesetzbuches von 1900 und des heutigen Privatrechts zeichnet Rückert fünf Längsschnittentwicklungen für konkrete Sachbereiche von Privatautonomie nach. Während der Stand im Personenrecht wegfiel, avancierte der freie Vertrag im Bereich der Schuldverhältnisse zur juristischen Hauptfigur. Sach-, Familien- und Erbverhältnisse tendierten Rückert zufolge beim Problem

20 Raphael, Ordnungsmuster.

der Privatautonomie zwar grundsätzlich in eine freiheitliche Richtung – so wurden Einschränkungen bei den Familienverhältnissen durch religiöse, sittliche, verwandtschaftliche, geschlechtsbezogene oder ständische Regeln inzwischen weitgehend aufgelöst –, doch wurden hier auch neue Schranken eingezogen. An dieser Stelle wird das Nebeneinander von Ver- und Entriegelungsprozessen besonders deutlich. Es ist unmittelbar einsichtig, dass das Grundstücksrecht im Bereich der Sachverhältnisse auch heute noch keiner unbegrenzten Freiheit unterliegt, und auch Vererbung erfuhr durch eine stetig angehobene Erbschaftsteuer eine entscheidende Freiheitsbegrenzung. Die Privatautonomie war (und ist bis zur Gegenwart) folglich immer schon privatrechtlich begrenzt, und sie wurde zusätzlich durch die interventionistischen Einschränkungen des öffentlichen Rechts beschränkt.

Auch wenn *Anselm Doering-Manteuffel* eine Engführung des Begriffs »Liberalismus« ablehnt und darauf verweist, dass verschiedene Elemente von Liberalismus in Raum und Zeit unterschiedliche Ausformungen annahmen, gehörte die persönliche Freiheit in Gesellschaft und Wirtschaft als Triebkraft des Fortschritts – in unterschiedlicher Ausprägung – zweifellos zu den liberalen Kernideen. Doch mit der Freiheit des Einzelnen oder der Freiheit des Marktes sei der Begriff noch nicht hinreichend bestimmt, vielmehr müsse er zu den Ordnungsprinzipien einer Gesellschaft und eines Staats in seiner historischen Zeit in Beziehung gesetzt werden. Am Beispiel Deutschlands zeigt Doering-Manteuffel, dass der politische Liberalismus infolge der Entmachtung der liberalen Parteien im Kaiserreich verstärkt den Nationalismus in sich aufnahm und der deutsche Nationalliberalismus seine Rückbindung an liberale Grundsätze letztlich fast vollständig einbüßte. Der Liberalismus im Deutschen Reich war staatsfern – in dem Sinne, dass er den Staatsapparat nicht kontrollierte – und national zugleich, und er war individualistisch. Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich auf der Grundlage staatsbürgerlicher Gleichheit hingegen das Postulat der demokratischen Gemeinschaft zum neuen Ordnungsmodell. Als die repräsentative Demokratie Ende der 1920er Jahre an gesellschaftlichem Rückhalt verlor, nahm die Bedeutung individualistischer Ideen weiter ab, während nationalistische und rassistische Gemeinschaftsformen eine abnorme Überhöhung erfuhren. In der frühen Bundesrepublik lebte dann das Ordnungsmodell von national-politischer Gemeinschaft und staatsbürgerlicher Gleichheit der 1920er Jahre wieder auf. Unter dem Dach des demokratischen Verfassungsstaats fanden der US-amerikanische New Deal-Liberalismus und der deutsche Ordoliberalismus zueinander, bis sich die enge Verbindung von Liberalismus und Nationalstaat in den 1970er Jahren lockerte. Der »Neoliberalismus« räumte dem Individuum in einer Welt erweiterter ökonomischer Handlungsspielräume und entfesselter Märkte wieder eine herausgehobene Bedeutung ein. Oftmals waren es Regierungen, die die Bedingungen für jene Freiheit der Märkte schufen. Spätestens seit 2000 gingen auch die sozialdemokratischen europäischen Regierungen daran, die bestehende Sozialgesetzgebung den Bedingungen der neuen Marktökonomie anzupassen, um steigende Arbeitslosenzahlen zu bekämpfen. Doch anstatt die

Krise zu überwinden, wirkten die Dynamisierung des Sozialen und die Förderung des Wettbewerbs vielfach spaltend und schufen damit nur neue Probleme. Erst mit der Finanzmarktkrise 2008 geriet das »neoliberale« Ordnungsmuster in eine Legitimationskrise.

Ähnlich sieht auch *Julia Angster* den Konsensliberalismus ab etwa 1970 ins Wanken kommen, doch erst in den 1990er Jahren sei er und vor allem der nationalstaatlich gerahmte Gesellschaftsbegriff erodiert. Denationalisierungsprozesse justierten das Verhältnis von Staat und Gesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts neu. Das konsensliberale Ordnungsmodell, das auf den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, des New Deal und des Zweiten Weltkriegs basierte und eine klare Abgrenzung von den totalitären Systemen des Nationalsozialismus wie des Kommunismus ermöglichte, wurde in der Bundesrepublik – hierauf verweisen Doering-Manteuffel wie Angster – von einem politisch breiten Spektrum getragen, das von der Christdemokratie bis zur Sozialdemokratie reichte. Während Staat und Gesellschaft in diesem Modell eng aufeinander bezogen waren, geriet der liberale Grundkonsens mit der Umbruchphase nach dem Boom zunehmend unter Druck. Der nationale Denk- und Handlungsrahmen wie auch das repräsentative Demokratiemodell verloren in den 1990er Jahren zu Gunsten globalisierter neoliberal-individualistischer Wirtschafts- und marktkonformer Demokratiekonzepte ihre Selbstverständlichkeit und ihre Bedeutung als dominierendes Ordnungsmodell im transatlantischen Raum.

Als Gegenentwurf zu dem im 19. Jahrhundert entstandenen liberal-kapitalistischen Ordnungsmuster verbreiteten sich in ganz Europa seit den 1890er Jahren Ideen, die auf Volk, Rasse und Gemeinschaft statt auf die Autonomie des Individuums setzten und nicht nur Antworten auf die politischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen der Hochindustrialisierung boten, sondern tendenziell eine weltanschauliche Grundlage zur Lösung aller Probleme und Irritationen der modernen Welt bereit hielten. *Ulrich Herbert* skizziert in seinem Beitrag zum radikalen Ordnungsdenken, wie im Umfeld des Ersten Weltkrieges zwei ideologisch konträre Radikalbewegungen an Bedeutung gewannen und sich schließlich in den 1930er und 1940er Jahren zu unvergleichlichen terroristischen Regimen entwickelten. Dabei versteht er unter »Weltanschauungseliten« diejenigen Gruppen, die aufgrund ihrer Bindung an jene Grundüberzeugungen ein politisch-ideologisches Wächteramt übernahmen und ihr eigenes Handeln hierdurch legitimierten.²¹ Im Unterschied zu Lutz Raphael, der eine breite Wirkung erschrockener Desorientierung um 1900 bezweifelt und stattdessen den steigenden Möglichkeitsüberschuss an Handlungsoptionen zu jener Zeit betont, verweist Herbert auf die als krisenhaft erfahrene Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels seit der Jahrhundertwende.²² Allerdings blieben jene

21 Lutz Raphael, Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft. Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 165–193.

22 Herbert, *High Modernity*; Raphael, *Ordnungsmuster*.

radikalen Antworten bis zum Ersten Weltkrieg Randerscheinungen, weil die Prozessgeschwindigkeiten erst jetzt in einem solchen Ausmaß zunahmen, dass der Möglichkeitsspielraum der Akteure extrem eingeschränkt wurde. Unter diesen Umständen gewann die Vorstellung an Plausibilität, dass die notwendigen, säkularen Korrekturen jetzt sofort und ohne jede Rücksichtnahme vorgenommen werden mussten. In europäischer und globaler Perspektive und im Anschluss an Überlegungen von Geoff Eley stellt sich die Frage, inwieweit die wechselseitige Beobachtung und der Wettstreit zwischen diesen beiden offensiv totalitären Entscheidungseliten und ihren Ordnungsideen zu einer Überbietungskonkurrenz im immer radikaleren Ausbuchstabieren ihrer vermeintlichen Lösungskonzepte für die Bewältigung der hochmodernen Herausforderungen führten.²³ Damit ließe sich die Argumentationsfigur der als schockartig erfahrenen Dynamik der Basisprozesse um einen zusätzlichen Erklärungsfaktor erweitern. Erst mit dem Krieg wurden die Voraussetzungen zur Durchsetzung jener Ideen auf breiter Front geschaffen. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ging das rechtsradikale Konzept zur Ordnung der industriellen Welt unter. Damit verschwanden zwar auch die NS-Führungsgruppen aus den politischen Entscheidungspositionen, doch fand hier nur ein begrenzter Austausch der Elite statt, vielmehr wurden diese Gruppen überwiegend erfolgreich in die bürgerliche Gesellschaft der jungen Bundesrepublik und ihre demokratischen Spielregeln reintegriert. In der Sowjetunion gewann die kommunistische Option durch den Sieg über Hitler-Deutschland hingen massiv an Einfluss. Doch letztlich misslang eine flexible Anpassung an den globalen Aufstieg der Dienstleistungs- und Konsumgesellschaft, so dass auch der linksradikale Ordnungsentwurf seine Legitimationskraft einbüßte.

Während Herbert die starre Bindung der kommunistischen Idee an die traditionelle, schwerindustriell geprägte Industriegesellschaft betont und hierin eine wesentliche Ursache für ihren Niedergang sieht, beleuchtet *Jakob Tanner* das wechselhafte Verhältnis von Kartellen und modernen kapitalistischen Gesellschaften. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erscheinen Kartelle als ordnungstiftende Organisation fast ebenso problematisch und antiquiert wie die vergangene Fokussierung auf die Schwerindustrie. Da Märkten heutzutage vielfach rationale und transparente Eigenschaften unterstellt werden, verbindet man mit Kartellen vor allem effizienzvermindernde Effekte. Doch diese Bewertung fiel in der Vergangenheit oftmals anders aus und verweist auf eine Verengung der Interpretationsoffenheit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Bis dahin überwog in den meisten europäischen Industrieländern ein positives Bild hinsichtlich der Organisationsfähigkeit von Kartellen, das von Unternehmern, aber auch von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung getragen wurde. Besonders in Deutschland setzte man sich mit dieser Position von den Zuständen in den USA

23 Geoff Eley/Jennifer L. Jenkins/Tracie Matysik, Introduction. *German Modernities and the Contest of Futures*, in: dies. (Hg.), *German Modernities from Weimar to Hitler*, London 2016, S. 1–30.

ab, wo Kartelle als Ausgeburten eines monopolistischen Kapitalismus angesehen wurden, die im Gegensatz zu den demokratischen Gesellschaftsstrukturen standen. In Deutschland als dem »Land der Kartelle« wurde ihnen hingegen ein volkswirtschaftlicher Nutzen zugeschrieben. Erst mit der Durchsetzung US-amerikanischer, liberal-kapitalistischer Ordnungsvorstellungen nach 1945 wurden mit der Anti-Kartellgesetzgebung flächendeckend – und oftmals gegen beträchtliche Widerstände – marktliberale Konzepte implementiert. Mit der Gründung der EWG wurde Wettbewerbspolitik gleichzeitig zu einer wichtigen Aufgabe europäischer Politik, auch wenn dies parallele protektionistische Maßnahmen nicht ausschloss. Besonders im Feld vieler Klein- und Mittelunternehmen wurde mit zahlreichen Kartellpraktiken aufgeräumt, wohingegen Großkonzerne weitgehend selbstständig entscheiden durften, wie groß sie werden wollten. Erst ab den 1980er Jahren änderte sich die Bewertung dahingehend, dass die Resilienz kleiner und mittlerer Unternehmen positiver beurteilt wurde. Unterdessen gingen nationale wie europäische Kartellbehörden schrittweise dazu über, auf das notorische Problem der Schattenexistenz von Kartellen mit einem Selbstoffenbarungsangebot (Bonusregelung/Leniency Programme) zu reagieren. Die Einwände gegenüber Kartellen rissen nicht ab, vielmehr entstand in den 1990er Jahren mit dem Aufstieg des Shareholder-Value-Prinzips, das die Interessen der Anteilseigner zum exklusiven Unternehmenszweck aufwertete und intransparente Absprachen zwischen Managern als Fehlverhalten beurteilte, eine neue Form der Kritik.

Den einschneidenden, mit der Durchsetzung des Shareholder-Value-Prinzips und der Liberalisierung der Kapitalmärkte verbundenen Veränderungen in den 1990er Jahren widmet sich auch der Beitrag von *Paul Windolf*. Die auf die Liberalisierung folgende staatliche Regulierungswelle habe demnach das lange Zeit für die deutsche Wirtschaft typische, von »Insidern« kontrollierte System hinweggespült und damit zu einem Paradigmenwechsel auf dem deutschen Finanzmarkt geführt. Zunächst wurden die Personal- und Kapitalverflechtungen zwischen Großunternehmen aufgelöst; anschließend trat an die Stelle jener korporatistischen Koordinierung eine Koordination durch den Markt, und schließlich musste staatliche Aufsicht das Vakuum mangelnder Koordinierung wieder füllen. Deregulierung war somit nur zum Preis neuer Verriegelungen zu haben. Besonders die Gruppe der institutionellen Investoren, deren Anteil seit Mitte der 1960er Jahre kontinuierlich angestiegen war, rückte in den Fokus der Gesetzgebung. Während der deutsche Kapitalmarkt – insbesondere der Aktienmarkt – unter der korporatistischen Kontrolle der Universalbanken und der großen Konzerne für außenstehende institutionelle Investoren bis in die 1990er Jahre weitgehend versperrt war, wurde er nun sowohl von konservativen als auch von rot-grünen Regierungen geöffnet, um die bisher vorbeiziehenden Kapitalströme ins Land zu locken und damit einen vermeintlichen Wettbewerbsnachteil auszugleichen. Angesichts hoher Arbeitslosenzahlen schien dies dringend notwendig. Doch die neuen Finanzmarktgesetze regulierten die institutionellen Investoren nicht nur, sie legitimierten sie auch – und mit ihnen ihre Handlungsrationali-

täten. Infolgedessen verloren feindliche Übernahmen ihren Ausnahmecharakter. Ab Mitte der 1990er Jahre führten Unternehmen dann verstärkt Aktienoptionen für das Management ein, so dass sich der Interessengegensatz zwischen Managern und Aktionären in eine partielle Interessengemeinschaft wandelte. An die Stelle feindlicher Übernahmen und der Zerschlagung von Unternehmen trat nun die gemeinsam von Managern und Aktionären betriebene Maximierung des Aktienkurses – meist ohne die langfristige Entwicklung des Unternehmens zur Grundlage zu nehmen oder die Belange der Belegschaften in gleicher Weise zu berücksichtigen.

Mit der Aufwertung marktorientierter Lösungskonzepte ging also oft eine Einhegung liberalisierter Märkte einher. Das liberal-kapitalistische Ordnungsmodell geriet hier regelmäßig an seine Grenzen. Schon das 1948 in Kraft getretene Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) verpflichtete seine Mitgliedsstaaten nicht nur zur Liberalisierung des Welthandels, sondern enthielt zugleich zahlreiche Ausnahmeklauseln, um protektionistische Maßnahmen fortzuführen. Das Welthandelsregime war folglich von einer Gleichzeitigkeit von Liberalismus und Protektionismus, von Ver- und Entriegelungen gekennzeichnet. In diesem Zusammenhang kann *Jan-Otmar Hesse* zeigen, dass die bundesdeutsche Außenhandelspolitik der 1970er Jahre geradezu ein Abziehbild der ambivalenten internationalen Ordnung war. Die überschießende Rhetorik der Liberalisierung war vor allem auf den eigenen Export gerichtet, und so enthielt das 1961 erlassene Außenwirtschaftsgesetz trotz der Betonung der Handelsfreiheit bereits zahlreiche Einschränkungen. Auch in den 1970er Jahren erlag die Bundesregierung den Verlockungen eines »Neuen Protektionismus«, der sich nach der Währungs- und Ölpreiskrise 1973 weltweit ausbreitete. Im Bereich der Textilindustrie bestand angesichts des 1974 abgeschlossenen Multifaserabkommens noch lange ein liberaler Protektionismus fort, und auch die vom GATT tolerierten Freihandelszonen wie die EWG strebten nur einen vollständigen Zollabbau im Inneren an. Nach außen betrieb die EG hingegen vielfach eine diskriminierende und protektionistische Handelspolitik. Exportförderung mittels Steuer- und Kreditsubventionen und Handelsbeschränkungen durch Selbstbeschränkungsabkommen waren Teil jenes »Neuen Protektionismus«, der auch in den 1980er Jahren noch als politische Leitlinie der Bundesregierung diente.

Nicole Mayer-Ahuja weist in ihrem Beitrag gleichfalls darauf hin, dass die ökonomische Konkurrenz zwischen Unternehmen in der Zeit nach dem Boom zunahm und parallel innerhalb der Unternehmen Marktmechanismen implementiert wurden, so dass die Grenzen zwischen Organisation und Markt immer weiter verschwammen. Dennoch warnt sie davor, die Widersprüchlichkeit der Boomjahre wie auch der Zeit seit 1975 zu unterschätzen. Zweifellos gehörten hohe Wachstumsraten, geringe Arbeitslosenzahlen und die Versuche vieler Unternehmen, ihre Beschäftigten langfristig an sich zu binden, zu den Epochenmerkmalen des Booms, doch war das aus der historisch neuartigen Verschränkung von Massenproduktion und Massenkonsum abgeleitete Normalarbeitsverhältnis alles andere als »normal«. Vielmehr war es Ausdruck einer